

## Ein Vergleich der Regierungsposition und der Grünen Position für Kopenhagen



### Vorbemerkungen:

Die Regierungsposition wurde in enger Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit den Sozialpartnern (WKO, AK, LWK, ÖGB), der IV und des VEÖ sowie dem BKA und dem Wirtschafts- wie Finanzministerium erstellt. Die Oppositionsparteien, Umwelt-NGOs und die Öffentlichkeit waren nicht eingebunden und informiert.

Die Regierungsposition konzentrierte sich auf einige Punkte, die in Vorverhandlungen zu Kopenhagen und in Kopenhagen (COP 15) erreicht werden sollten, erwähnte viele Punkte die in der Grünen Position enthalten sind, nicht. Es gibt daher nicht bei allen Punkten eine Entsprechung auf beiden Seiten.

Das Hauptaugenmerk der Regierungsposition ist die Beeinflussung der EU-Linie auf dem Weg nach Kopenhagen und zum Teil darüber hinaus. Die Grüne Position bezieht sich stärker auf eine geforderte, österreichische Vorreiterrolle beim Klimaschutz und gleichzeitig auf globale Weichenstellungen.

Regierungsposition 16. Oktober 2009	Grüne Position Dezember 2009
<b>Ziel und Lastenverteilung:</b>	
Erwärmung seit vorindustrieller Zeit soll auf 2°C begrenzt werden.	Erwärmung seit vorindustrieller Zeit soll auf 2°C begrenzt werden. Zusätzlich betonen die Grünen die eigentlich notwendige Begrenzung auf 1,5°C, speziell für besonders bedrohte Regionen wie die kleinen, pazifischen Insel-Staaten.
level playing field speziell für CO2 intensive Industrie, "wenn große Emissionsquellen, die in der EU dem Emissionshandel unterliegen, global annähernd gleiche CO2-Kosten tragen müssen."	Betonung der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung (CBDR) von Industriestaaten und Entwicklungs- und Schwellenländern
Erhöhung des EU-Zieles von -20% auf -30% bis 2020 nur unter restriktiven Bedingungen, zusätzlichen noch festzulegenden „Präzisierungen“ und neuen Analysen über die Kosten, volkswirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen eines 30% Zieles.	Erhöhung des EU-Zieles jedenfalls auf -40% bis 2020 und Forderung an Industrienationen gleiches zu tun.

Einschluß der bunker fuels in ein Kopenhagenregime	Miteinbeziehung der bunker fuels über globale CO2-Steuern
Es soll zu keiner „Schlechterstellung“ für Österreich bei einer neuen „Lastenverteilung“ nach einer möglichen Erhöhung auf -30% für die EU kommen. Es soll damit Österreichs privilegierte Position von ca. -4% von 1990 bis 2020 gehalten werden.	Österreich sollte sich jedenfalls selbst zu 100% Erneuerbarer Energie und zu -100% Treibhausgase bis 2050 verpflichten. Etwaige neue EU-Ziele werden dadurch jedenfalls übererfüllt.
<b>Finanzierung von Klimaschutz und –anpassung in Entwicklungsländern:</b>	
„Zusätzliche öffentliche Beiträge der Industrieländer an die Entwicklungsländer sollen auf die nationale Entwicklungshilfequote anrechenbar sein“ D.h. Ein Teil der gebotenen Entwicklungshilfe würde zukünftig unter dem Titel Klimaschutz erfolgen ohne daß die Höhe der gebotenen Entwicklungshilfe von 0,7% des BIP erhöht wird. Die hier erwähnte Zusätzlichkeit bezieht sich somit auf die Erhöhung von Klimaschutztransferleistungen von 0 auf den Betrag X nicht aber auf zusätzlich zu bestehenden Entwicklungshilfegeldern bzw. einer noch zu erfüllenden Verpflichtung. „Windräder statt Schulen und Krankenhäuser“	Keine Anrechnung der Klimaschutztransferleistungen auf die bis 2015 gebotenen 0,7% des BIP von ODA (Official Development Aid) Zusätzlichkeit von Klimaschutztransfers beginnt erst bei der Erfüllung der Millenniumsziele von 0,7% und betrifft jenen Betrag der darüber hinausgeht.  „Windräder plus Schulen und Krankenhäuser“
Finanzierung von Mitigation (Klimaschutz) und Adaption (Anpassung) für die Entwicklungs- und Schwellenländer aus privaten (Emissionshandel) und öffentlichen (Steuermittel) Quellen. Kein Verweis auf eine verursachergerechte Finanzierung.	Finanzierung von Mitigation, Adaption und Kompensation (Opferentschädigung) durch eine verursachergerechte, globale CO2-Steuer. Bis 2020 aus den Erlösen versteigerter Emissionsrechte und aus nationalen und regionalen CO2-Steuern.
Anpassung an den Klimawandel notwendig, aber keine Aussagen über die Finanzierung und der Höhe der globalen, europäischen wie österreichischen Anteile.	Die EU soll einen Anteil von 35 Mrd. Euro jährlich für Mitigations, Adaptions- und Kompensationsmaßnahmen privat und öffentlich finanzieren. Global sind 120 Mrd. Euro dafür notwendig
<b>Regenwald und Landnutzung:</b>	
Es sollen bei der Landnutzung und nachhaltiger Forstwirtschaft auch die Entnahmen von Kohlenstoff (Biomasse) belohnt werden.	Keine REDD Zertifikate, die den Emissionshandel bis 2020 mit billigen CO2-Verschmutzungsrechten überschwemmen könnten. 35 Mrd. Euro global für den Schutz der Regenwälder und anderer Urwälder gegen Abholzung und Brandrodung. Achtung der Rechte indigener Völker.
<b>Emissionshandel vs. Klimaschutz „zu Hause“</b>	
„flexible Mechanismen“ wie zwischenstaatlicher Emissionshandel, CDM und zukünftigen sektorialem Emissionshandel sollen weiter neben Klimaschutzmaßnahmen zu Hause verwendet werden	Flexible Mechanismen sollten global auf 20% der Reduktionsverpflichtung beschränkt werden und Österreich verpflichtet sich ab 2013 seine Klimaschutzverpflichtungen zu 100% im Inland zu erfüllen.

Border Tax Adjustments (BTAs) sollten nach Kopenhagen geprüft werden. Damit soll ein Grenzsteuerausgleich zur Abwehr von carbon leakage errichtet werden.	Keine Angaben
<b>Sanktionen bei Nichterfüllung:</b>	
Keine Angaben	Sanktionsmechanismus bei Nichterfüllung mit 200 US-\$ oder 150 Euro pro t CO <sub>2</sub> .
<b>Erneuerbare Energie:</b>	
Keine Ziele für erneuerbare Energien auf globaler Ebene	Ziele für erneuerbare Energien sollten in Kopenhagen nach dem Vorbild der EU- 20/20/20 Ziele vereinbart werden.
<b>Carbon Capture and Storage (CCS):</b>	
Für CCS-Nutzung	Lehnen fossiles CCS ab.
<b>Atomkraft:</b>	
Keine Erwähnung im Positionspapier aber im von den Grünen initiierten Entschließungsantrag aller Parteien	Keine Förderung der Atomkraft durch den Ankauf von CO <sub>2</sub> -Zertifikaten
<b>Gentechnik:</b>	
Keine Erwähnung	Ablehnung der Gentechnik in der Landwirtschaft in Adaptionen- und Mitigationsmaßnahmen
<b>Geoengineering:</b>	
Keine Position	wird abgelehnt